

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/4273 —

Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber Trinidad und Tobago

Der Bundesminister der Finanzen hat mit Schreiben vom 5. April 1989 – VII A 3 – W 3120 – 3/89 – die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Vorwürfe des im Mai 1988 ausgeschiedenen IWF-Mitarbeiters Davison L. Budhoo, der IWF habe statistische Daten von Trinidad und Tobago in den Jahren 1985 bis 1987 systematisch verfälscht (Lohnkosten, Wechselkurs, Defizit des Staatshaushalts), um das Land zur Annahme eines IWF-Anpassungsprogramms zu zwingen?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der von der Regierung Trinidads und Tobagos eingesetzten Kommission (Compton Bourne Committee), die die o. a. Vorwürfe in allen Punkten bestätigen?
3. Hat die Bundesregierung ferner zur Kenntnis genommen, daß Prof. Kari Levitt (McGill Universität, Montreal, Kanada) in einem Gutachten ebenfalls die o. a. Vorwürfe als zutreffend bewertet hat?
4. Betrachtet die Bundesregierung die aufgeführten statistischen Verzerrungen durch den IWF als Einzelfall oder besteht die Möglichkeit, daß es sich hierbei um übliche Vorkommnisse handelt?

Die Bundesregierung kann die zitierten Vorwürfe nach den ihr vorliegenden Berichten nicht bestätigen. Sie ist vom IWF unterrichtet worden, daß Herr Budhoo den Sachverhalt falsch darstellt. Der IWF hat zwar für Trinidad und Tobago – wie dies bei statistischen Reihen häufiger geschieht – eine Indexreihe umgestellt, keinesfalls jedoch statistische Daten verfälscht.

Im übrigen kann der IWF kein Mitgliedsland zur Annahme eines Anpassungsprogramms zwingen. Er hat nur eine beratende und, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, unterstützende finanzielle Rolle. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind letzten Endes Sache des betroffenen Mitgliedslandes.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen des „Council of Progressive Trade Unions“ von Trinidad und Tobago, wonach sich die Lebensbedingungen großer Bevölkerungsschichten als Folge des IWF-Anpassungsprogramms drastisch verschlechtert haben?

Zu den Zielen und Auswirkungen von IWF-gestützten Anpassungsprogrammen verweist die Bundesregierung auf die ausführlichen Antworten auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 14. September 1984 (Drucksache 10/1977).

Die Bundesregierung wird sich im übrigen auch weiterhin dafür einsetzen, daß die zwischen den Kreditnehmerländern und dem Internationalen Währungsfonds bzw. der Weltbank vereinbarten Programme auch darauf gerichtet sind, die Lage der sozial Schwächeren zu verbessern.

6. Welche Konsequenzen hat der IWF aus den aufgeführten statistischen Unregelmäßigkeiten sowohl im Hinblick auf mögliche Kompensationen für Trinidad und Tobago als auch im Hinblick auf zukünftiges Vorgehen gezogen?
7. Welche Initiativen wird die Bundesregierung im IWF-Exekutivdirektorium ergreifen, um die Politik dieser Institution gegenüber Trinidad und Tobago zur Sprache zu bringen und Unregelmäßigkeiten dieser Art in Zukunft zu unterbinden?

Die Antworten ergeben sich aus der Antwort zu den Fragen 1 bis 4.